Mittag-Ausgabe.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortliche Redakteure: F. Hachfeld für den politischen Theil, A. Beer für den übrigen redaktionellen Theil, in Posen.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Posen.

Nr. 110

Die „Posener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Montag, 13. Februar. 1893

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 80 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Deutscher Reichstag.

42. Sitzung vom 11. Februar, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Erster Gegenstand der Tagesordnung der mündliche Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über den Antrag auf Ertheilung der Genehmigung des Reichstages zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Dr. North (natlib. Bankdirektor in Elsaß.) Berichterstatter ist Abg. Dr. Porsch (Zentr.), der Antrag der Kommission lautet auf Ertheilung der Genehmigung, weil Dr. North eines gemeinen Vergehens (des Betruges) und zwar des Verstoßes gegen die §§ 249 und 249a des Handelsgesetzbuches als Direktor einer Aktiengesellschaft in Straßburg beschuldigt wird. Dr. North hat zwar die ihm zur Last gelegte strafbare Handlung bestritten und behauptet, er sei selbst von seinem Mitdirektor hintergangen worden, die Geschäftsordnungs-Kommission ist indessen der Meinung, daß die in Betracht kommende strafbare Handlung eine solche sei, daß es sowohl im Interesse des Reichstages, wie des Angeschuldigten selbst liege, wenn die Sache zum gerichtlichen Austrag gebracht werde.

Ohne Diskussion wird der Antrag der Kommission angenommen und die Genehmigung ertheilt.

Das Haus fährt sodann in der Berathung des Etats des Reichsamts des Innern, Titel „Gehalt des Staatssekretärs", fort.

Abg. **v. Stumm** (Reichsp.) empfiehlt, unter Beschränkung der sonntäglichen Verkaufsstunden — nicht überall bedürfe es deren fünf, vielmehr würden vielfach schon 4 Stunden genügen, — auf jeden Fall nur ununterbrochen zusammenhängende Verkaufsstunden zuzulassen. Für das Land bezw. die kleinen Städte sei ferner Freigabe der Nachmittagsstunden für den Verkauf unbedingt nothwendig. Anderenfalls würden die seßhaften Geschäfte zu sehr durch die Konkurrenz des Hausirhandels leiden. Ortsstatutarische Regelungen seien erwünscht, aber es sei vorgekommen, daß die Gemeinden vergeblich versucht hätten, diesen Weg zu gehen; denn der betreffende Regierungspräsident habe geglaubt, sich streng an die Ausführungs-Bestimmungen halten zu müssen, und habe deshalb den Ortsstatuten die Genehmigung versagt. — Ihm selber als Mitglied eines Bezirksausschusses sei von Arbeitern versichert worden, daß sie jedenfalls noch nach 2 Uhr Nachmittags Gelegenheit zum Einkauf haben müßten Auf solche Bedürfnisse müsse Rücksicht genommen werden, im Ganzen aber wirke die Sonntagsruhe jedenfalls wohlthätig. Die Frage der Arbeitsordnungen gehöre nicht hierher, denn, und darin habe gestern der Handelsminister Recht gehabt, mit der Gewerbeordnung habe das nichts zu schaffen. Selbstverständlich aber müßten die Arbeitgeber das Recht haben, die Bedingungen vorzuschreiben, unter denen sie Arbeiter beschäftigen wollen. Auch die Staatswerke hätten dieses Recht, und es sei ganz richtig, wenn sie sich Sozialdemokraten fernhielten. Er wünschte sogar, alle Staatswerkstätten thäten das.

Abg. **v. Vollmar** (Soz.-Dem.): Ihr christlich-religiöser Standpunkt müßte Sie doch eigentlich zu der vollen Sonntagsruhe führen. Statt dessen haben Sie einen Kompromiß zwischen Religion und Geschäft geschlossen und fünf Verkaufsstunden zugelassen. Und was hat sich nicht trotzdem für ein Lärm über die Sonntagsruhe im Lande erhoben! Es ist ein Markten und Feilschen losgegangen, daß einem dabei eklig werden konnte. Nicht etwa die Arbeiter haben den Lärm geschlagen, sondern gerade die Christlich-Religiösen! Hier im Hause freilich stellen Sie sich, als ob Sie wer weiß was an Sonntagsruhe für die Arbeiter beschließen möchten und als wäre das, was wir an Sonntagsruhe haben, nur Ihnen zu verdanken. Aber draußen im Lande reden Sie ganz anders, da haben Sie sogar Ihren katholischen Wählern vorgeredet, an den kleinen Mißständen, welche für Einzelne die Sonntagsruhe mit sich bringt, trügen die verdammten Sozialdemokraten die Schuld. Bei Ihrer Doppelzüngigkeit wollen Sie draußen von der Sonntagsruhe nichts wissen, während Sie sich hier als Verdienst anrechnen; und genau dieselbe Doppelzüngigkeit verrathen Sie in Bezug auf das Alters- und Invaliditätsgesetz. Und die Regierungen, die Behörden, kapituliren auf Schritt und Tritt gegenüber den Bestrebungen, die Sonntagsruhe wieder einzuschränken. Vor Allem ist das in Bayern der Fall. Das wird auch durch den gestrigen Widerspruch des bayerischen Bevollmächtigten Landmann nicht widerlegt. Die Herren Stöcker und von Stumm stimmen hauptsächlich aus dem religiösen Grunde der Sonntagsruhe zu, daß den Arbeitern der Kirchenbesuch ermöglicht wird. Wir fordern aus rein sozialen, rein menschlichen Gründen strikte Durchführung der Sonntagsruhe. Deshalb verlangen wir auch, daß die Arbeiter im Schankgewerbe wenigstens den zweiten, bezw. dritten Sonntag frei bekommen. Auch sollte die Eisenbahnverwaltung den Eisenbahnbeamten jeden zweiten Sonntag freigeben. Frhr. von Stumm hat die Bestimmung zu rechtfertigen gesucht, wonach sozialdemokratische Arbeiter aus Staatswerkstätten auszuschließen sind. Er wird damit nur bei seinen engsten Freunden Glück haben. Das gesetzliche Recht des Arbeiters auf freie Meinungsäußerung kann ihm nicht vom Unternehmer genommen werden. Das deutsche Reich wird nicht gleich aus dem Leim gehen, wenn in einem Betriebe Sozialdemokraten arbeiten. Das beweisen die Erfahrungen in anderen Staaten.

Bayrischer Bundesbevollmächtigter Geheimrath **Landmann:** Was die Beschwerden gegen die bayerische Regierung angeht, so erinnere ich daran, daß doch zunächst die Verwaltungsbehörden die Instanz sind, den § 105e zur Ausführung zu bringen Der Standpunkt der bayerischen Regierung ist ein reservirter, sie will abwarten, welche Tragweite die Ausnahmebestimmungen haben werden.

Abg. Frhr. **v. Pfetten** (Zentr.): Der Reichstag ist eigentlich nicht der Ort, um über die Verordnungen von einzelstaatlichen Regierungen zu diskutiren. Man kann doch den kleinen Gewerbetreibenden nicht verübeln, daß sie durch die Bestimmungen über die Sonntagsruhe beunruhigt wurden.

Abg. **Wöllmer** (dfr.): Ich machte gestern bezüglich der Arbeitsordnung nur beiläufig die Bemerkung, daß es jedem Arbeitgeber doch freistehen müsse, sich seine Arbeiter zu wählen. Herr v. Vollmar müßte doch aber wissen, daß von einem rein manchesterlichen Standpunkte betreffs des Arbeitsverhältnisses bei mir nicht die Rede sein kann. Das muß Jeder wissen, der meine Thätigkeit aus der Zeit der Berathung des Arbeiterschutzgesetzes kennt. In Bayern haben die Verwaltungsbehörden eingegriffen, ganz im Gegensatze zu Preußen, wo die Ausführung zu eng begrenzt wurde. Das hat dazu beigetragen, das Gesetz bei uns zu diskreditiren.

Abg. Dr. **Buhl** (natlib.): Die bayerischen Behörden haben durch ihre Verordnungen nicht blos für das Interesse der Arbeitgeber, sondern auch der Arbeiter gewirkt. Das Gesetz muß in der schonendsten Weise durchgeführt werden.

Abg. Frhr. **v. Stumm:** Wir führen hier nicht einen Kampf gegen die Arbeiter, wie uns vorgeworfen wird, sondern gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten, die ebenso wohlgenährte Bourgeois sind, wie wir. (Heiterkeit.) Sie werfen uns die ungleiche Behandlung der Arbeiter vor, je nachdem sie Sozialdemokraten sind, oder nicht. Behandeln Sie denn die Arbeiter nicht in derselben Weise? Wo bleibt denn die Gleichheit bei Streiks, wo diejenigen Arbeiter, die arbeiten wollen, von Ihnen in Acht und Bann gethan werden?

Abg. **Grillenberger** (Soz.): Der bayerische Regierungsvertreter befindet sich in sehr unangenehmer Lage, wenn er die Verordnungen der bayerischen Aufsichtsbehörden vertheidigen muß, zumal nachdem die Herren v. Pfetten und Buhl so ungeschickt als freiwillige Regierungskommission aufgetreten sind. Ich vertheidige die bayerischen Reservatrechte, aber noch ein neues Reservatrecht zu schaffen, das geht doch zu weit. Wenn man solche Latitüde walten läßt gegen die Genußmittelhändler, so muß man sie konsequenterweise auch auf die anderen Geschäfte ausdehnen, da diese sonst von den Hausirern eine große Konkurrenz erleiden würden. Herr v. Stumm spielt sich als Freund der Arbeiter auf. Wie darf er es thun angesichts der Thatsache, daß er in seinem Königreich, oder vielmehr in seinem Zarenreich bei Strafe der sofortigen Entlassung keinen Arbeiter ohne Konsens heirathen läßt, wie er sagt, um die Dezimirung der Arbeiter zu verhindern. Da müßte er doch die Konsequenz ziehen und gleich die Paare aussuchen. (Heiterkeit) Wie wäre es, wenn die Arbeiter verlangten, daß der Arbeitgeber nicht ohne ihren Konsens heirathen dürfe, weil durch das Anwachsen der Familie das Bedürfniß nach Ausbeutungsobjekten wächst. Wenn der Arbeiter sich dasselbe herausnehmen wollte, so würden Sie von einer Schinderhannesmoral sprechen.

Abg. Frhr. **v. Stumm** erklärt, daß eine Heirath ohne Konsens nicht die sofortige Entlassung, sondern nur die Kündigung (!) herbeiführe.

Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen den Abgg. Grillenberger, Dr. Buhl und Frhr. v. Stumm vertagt das Haus die Berathung auf Dienstag 1 Uhr. Schluß 5¼ Uhr.

Deutschland.

☐ **Berlin,** 12. Febr. Die Reichstagsverhandlung über die Sonntagsruhe hat von der so großen Erregung im Handelsstande kaum etwas widerspiegeln lassen. Es sind Klagen über allerlei Mißlichkeiten vorgebracht worden, zu denen der neue noch ungewohnte Zustand vielfach geführt hat, aber auch nicht mit einem Worte hat sich die Forderung hervorgewagt, etwa den früheren Zustand wieder herzustellen, und wenn irgendwo im Reiche solche Erwartungen bestehen sollten, so werden die betreffenden Interessentenkreise sich jetzt sagen müssen, daß mindestens der Reichstag nicht die Stelle ist, wo mit einer wirksamen Agitation gegen die Sonntagsruhe eingesetzt werden könnte. Noch ein Jahr weiter, und die Schwierigkeiten des Uebergangs werden hoffentlich vollständig überwunden sein. Der Werth der gestrigen Verhandlungen liegt nun aber noch auf einem anderen Gebiete: es hat sich herausgestellt, vielmehr es haben sich die Folgen davon gezeigt, daß das Reich keine Kontroll-Organe für die Ausführung von Reichsgesetzen hat. Das Reich erläßt Gesetze, und dann kommen die Einzelstaaten und sorgen durch Verwaltungsmaßregeln für die Anwendung dieser Gesetze. Aber ob in jedem einzelnen Falle die Verordnungen der Einzelstaaten den völligen Einklang mit dem Geiste, ja sogar mit dem Wortlaute der Reichsgesetze darstellen, darüber kann Streit sein, und es fehlt für das Reich an der Möglichkeit, bei etwaigen Widersprüchen zwischen dem wahren Inhalt der Reichsgesetze und ihrer einzelstaatlichen Anwendung regulirend einzugreifen. Es ist gar keine Frage, daß die von manchen Regierungen auf dem Wege polizeilicher Verordnung gewährte Ausdehnung des Handelsbetriebes am Sonntag weit über dasjenige Maß hinausgeht, an das der Gesetzgeber bei der Einräumung eines gewissen Spielraumes gedacht hat. Auch sind in Preußen nirgends derartige allzu elastische Auslegungen versucht worden, wohl aber, wie sich gestern im Reichstage herausgestellt hat, in manchen anderen Staaten. Herr v. Bötticher gab, etwas verdrossen, zu, daß da nichts gethan werden könne, und er hat Recht. Das Reich kann wirklich nichts dazu thun; es hat nicht die gelenkige Kompetenz dazu, um in verhältnißmäßig geringere Verwaltungsfragen mit derjenigen Autorität einzugreifen, wie es eine Staatsregierung auf ihrem eigenen Boden sonst kann. Der Reichstag geht über diese heikeln Dinge im Allgemeinen (denn das sind sie) schonend und vorsichtig hinweg. Wollte man aber einmal zusammenstellen, was auf allen Gebieten der Gewerbegesetzgebung an Verschiedenheiten in den Ausführungsbestimmungen der Partikularstaaten besteht und geduldet werden muß, so gäbe das ein etwas bedenkliches Kapitel. — — Die Mittheilung verschiedener Blätter, daß der Ministerrath sich in der gestern abgehaltenen Sitzung mit dem russischen Handelsvertrage beschäftigt habe, beruht offenbar auf einer Verwechslung mit der Berathung des Staatsministeriums über den Antrag Friedberg. Von dem Handelsvertrage wird wohl nur insoweit dabei die Rede gewesen sein, als das Staatsministerium sich darüber verständigen mußte, wie viel von den schwebenden Verhandlungen mit Rußland in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am nächsten Mittwoch mitgetheilt werden könne. Daß der Abg. Arendt inzwischen seinen Antrag, die bekannte Petition an die Regierung „zur Berücksichtigung" zu überweisen, thatsächlich zurückgezogen hat, ist sehr verständig von ihm. Die Konservativen werden sich so vor einer Niederlage behüten.

△ **Berlin,** 12. Febr. Die „Kreuzztg." ist veranlaßt worden, sich selber zu berichtigen. Nachdem das Blatt mitgetheilt hatte, daß der russische Thronfolger dem Kaiser erklärt habe, ein russisch-französisches Bündniß bestehe nicht, erfährt es jetzt aus unanfechtbarer Quelle, daß der Thronfolger eine solche Aeußerung nicht gethan hat. Wir nehmen von der neuerlichen Angabe der „Kreuzztg." darum Akt, weil wir in der Lage sind, in der bestimmtesten Weise zu bestätigen, daß thatsächlich die dem Thronfolger zugeschrieben gewesene Aeußerung nicht gefallen ist. Wir haben unsere Erkundigungen an erster Stelle eingezogen. — — Gegen das Ruhrkohlensyndikat erläßt Herr v. Kardorff in der „Post" eine Erklärung, der man beinahe in allen Punkten gern beistimmen kann. Herr v. Kardorff warnt vor der gefährlichen Bahn, die die koalirten Zechen betreten wollen, er sieht eine bedrohliche Vertheuerung des Betriebes aller Industrieunternehmungen voraus, die die Kohlen ja nicht entbehren können, er befürchtet eine neue Streikbewegung der Bergarbeiter, die von der erhöhten Rentabilität der Gruben werden profitiren wollen, und vor Allem schmerzt es ihn, daß die Verlockung für die ländlichen Arbeiter des Ostens, die besser bezahlten Arbeitsstellen im Westen aufzusuchen, nunmehr noch wirksamer werden wird. Das Letztere kann man auf sich beruhen lassen, aber wenn man es auch aus der Betrachtung ausscheidet, so bleibt von den Bedenken, die der freikonservative Führer äußert, gerade genug übrig, was nur allzuguten Grund hat. Diese neue Ringbildung, die gegenwärtig einen Schein von erhöhtem Leben in das stockende Wirthschaftsgetriebe bringt, kann sich noch schwer rächen, und Herr von Kardorff ist sicher nicht der einzige Politiker, der mit Sorge auf diese bedeutsame Erscheinung blickt. Nach dem Stande unserer Gesetzgebung ist gegen das Kohlensyndikat gar nichts auszurichten. Daß im Abgeordnetenhause beantragt werden soll, Preiskoalitionen und sonstige Ringbildungen gesetzlich zu verbieten, ist bisher ein nicht beglaubigtes Gerücht. Fragen kann man im Uebrigen, ob die Vertreter der Landwirthschaft, die sich über das Kohlensyndikat entrüsten, nicht mit beiden Händen zugriffen, wenn es nur irgend möglich wäre, ein Getreidesyndikat zu bilden. Mit einer Ringbildung für Spiritus hat man es ja schon versucht, aber es ist nicht gelungen. Daß in diesem und ähnlichen Fällen die Trauben sauer sind, hindert selbstverständlich nicht, daß Herr v. Kardorff Recht hat, wenn er das Kohlensyndikat verurtheilt.

— Die „Freis. Ztg." erfährt, die Regierung werde Erklärungen über die Abänderungs-Vorschläge zur Militärvorlage keinesfalls vor beendigter erster Kommissionslesung abgeben.

— Die in dem obigen Briefe unseres △-Korrespondenten besprochene Zuschrift des Abg. v. Kardorff an die „Post" lautet im Wesentlichen wie folgt:

Durch verschiedene Zeitungen laufen Nachrichten über die Bildung eines westfäl. Kohlensyndikats vulgo Kohlenringes, die auf die Berathungen kaum ohne Einfluß bleiben können, die gerade jetzt in parlamentarischen Kreisen über die Frage begonnen haben, ob es sich nicht empfehlen würde, in Nachbildung der panamerikanischen Gesetzgebung alle Syndikate und Ringe zu verbieten, die sich auf Rohstoffe und die unmittelbaren Lebensmittelartikel des Volkes beziehen. Die Gesammtproduktion des geplanten Kohlenringes umfaßt mehr als 30 Millionen Tons (660 Millionen Zentner), wenn meine Berechnung nicht trügt; und so wenig verlangt oder gewünscht werden kann, daß die Werke mit Schaden produziren oder eine ganz ungenügende Verzinsung des Betriebskapitals ergeben, so darf man andererseits nicht außer Acht lassen, daß jede Vertheuerung der Kohlenkonsumtion von der Masse des Volks deutlich gefühlt wird und vor allem leicht dazu führen kann, den großen Fabrikationszweigen die Arbeitsgelegenheit zu erschweren und zu vermindern. Hierzu tritt die Gefahr, daß bei einem weiteren Steigen der Löhne der Bergarbeiter, die heute schon die bestbezahlte Arbeiterschaft Deutschlands sind, der Zug der Arbeiter nach Westen, den der Landwirth des Ostens so schwer empfindet, noch weit stärkere Dimensionen annimmt, als bisher und vor allem, daß die Berg-

arbeiter, sobald sie glauben, die Steigerung ihrer Löhne entspreche nicht der Steigerung der Dividenden, bei der meines Erachtens unzureichenden Gesetzgebung über den Kontraktbruch sofort beginnen werden, die Arbeit niederzulegen. Es ist nicht nur ein wirthschaftliches, es ist das höchste soziale und politische Interesse, daß den Wiederholungen solcher Vorgänge nach Möglichkeit vorgebeugt und das Alles unterlassen wird, was dieselben ins Leben zu rufen vermöchten.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 11. Febr. Die Militärkommission des Reichstags trat heute Vormittag wieder zusammen. Der Sitzung wohnte wiederum Reichskanzler Graf von Caprivi bei. Abg. von Bennigsen ist wieder hergestellt und ebenfalls erschienen. Abg. Richter kündigt einen Antrag an, wonach die Kommission eine Erklärung über die Ergebnisse der finanziellen Berathung abgeben soll. — Die finanzpolitische Erörterung wird darauf fortgesetzt. Abg. Rickert kommt wieder auf die Mehrausgaben der Marineverwaltung zu sprechen. Seit dem Abgange des Herrn von Stosch seien vielfache überraschende Verwandlungen im Marineressort erfolgt. Welche Pläne liegen z. B. vor bezüglich der Hafenerweiterung, namentlich für Wilhelmshaven? Nach Ansicht von Sachverständigen solle der dortige Hafen für unsere großen Panzerschiffe nicht ausreichen. Er erinnere auch an die plötzlich erschienenen neuen Forderungen für Trockendocks. Bisher glaubten wir, daß der Flottengründungsplan von 1888 für den Bundesrath bindend sei; dies sei aber regierungsseitig in Abrede gestellt. Jedenfalls seien zum Theil wesentlich höhere Ausgaben für die nächsten fünf Jahre zu erwarten. Daß die Mehrausgaben des Marine-Extraordinariums 70 Millionen betragen, werde allseitig anerkannt. Reichskanzler Graf v. Caprivi kann die Zahlen der Reichs-Finanzverwaltung bezüglich der Marine nur bestätigen. Pläne für letztere gebe es innerhalb des Marine-Offizierkorps und der Marineverwaltung allerdings eine Legion. Aber solche Pläne, selbst wenn sie von dem Chef der Marineverwaltung gehegt würden, bestehen noch lange nicht für die verbündeten Regierungen. Spezielle Pläne für den Umbau des Hafens von Wilhelmshaven kennt der Reichskanzler durchaus nicht. Die von der Verwaltung mitgetheilten Angaben über die Mehrkosten für Personalvermehrung seien ebenfalls nicht anfechtbar. Die Verbündeten Regierungen haben Ersatz für das Panzerschiff Preußen" verlangt, die Budgetkommission habe diese Forderung abgelehnt; die verbündeten Regierungen werden nach der Abstimmung im Plenum ihre Entschlüsse fassen. Die Dauer der Panzerschiffe sei auf 30 Jahre berechnet, diese Periode nähere sich ihrem Ende, da unsere Panzer in den siebziger Jahren gebaut seien. Der Herr Reichskanzler bestreitet, daß große Ueberraschungen in der Marine stattgefunden haben. Bindende Marinepläne auf lange Zeit hinaus lassen sich nicht aufstellen, das habe Abg. Rickert früher selbst anerkannt und das lehre auch die Erfahrung. Abg. Rickert: Der Marine-Gründungsplan des Herrn v. Stosch sei von seinem Urheber als finanziell bindend erklärt und von ihm auch innegehalten worden. Seit Stoschs Abgang sei es aber anders geworden. Die große finanzielle Frage der Panzer sei auch heute noch sehr umstritten. Wir befinden uns auf einem durchaus unsicheren Boden, die „Zukunftskeime" beunruhigen uns und das Land. Reichskanzler Graf v. Caprivi: Zukunftskeime enthält jede Gegenwart, wenn sie nicht todt ist. Der Gedanke, eine bestimmte Summe für jedes Jahr für Neu- und Ersatzbauten der Marine zu bewilligen, würde vermuthlich der Marineverwaltung willkommen sein. Auf den Hinweis des Abgeordneten Rickert, daß früher acht Millionen dafür gefordert worden seien, erwidert der Herr Reichskanzler, daß er über die jetzt erforderliche Jahressumme sich nicht geäußert habe; dieselbe müsse selbstverständlich wesentlich höher sein. Abg. v. Stumm (Reichspartei) empfiehlt, sich auf Dasjenige zu beschränken, was für die Beurtheilung der Militärvorlage erforderlich ist. Die Stoschschen Pläne gehören nicht dazu. Abg. Richter: Unsere Annahme bezüglich des Ordinariums der Marine, wonach die künftige Steigerung jährlich etwa $2^1/_2$ Millionen betrage, beruht auf der Grundlage der Zunahme in den letzten fünf Jahren. Der Reichskanzler und Direktor Aschenborn bestreiten das Zutreffende dieser Berechnung; eine fortwährende Zunahme der Kosten sei nicht anzunehmen. — Im weiteren Verlaufe der Diskussion erklärt Direktor Aschenborn, daß die Mehreinnahmen des Reiches nach fünf Jahren rund 70 Millionen betragen werden, ohne den Ertrag der neu beantragten Steuern. Sonach sei die Deckung der Mehrausgaben gesichert, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Ueberweisungen an die einzelnen Staaten und die Matrikularbeiträge sich ausgleichen. Der Redner legt eingehend die finanzielle Bilanz der nächsten fünf Jahr dar, welche auf den Ergebnissen der letzten fünf Jahre basirt. Er erwarte bei 1 Prozent jährlicher Bevölkerungszunahme über 6 Prozent jährlicher Einnahmenzunahme, d. h. jährlich 13 Millionen, ohne die Getreidezölle, welche aber höchst wahrscheinlich ebenfalls erhebliche Mehreinnahmen ergeben werden. Neue Bewilligungen seien also nicht erforderlich. Abg. Richter erklärt diese Darstellung für ein Phantasiegebilde. Die beantragten Steuererhöhungen seien vom Vorredner sehr geschickt außer Betracht gelassen; denn diese Steuern werden unzweifelhaft ein bedeutendes Minus ergeben. Die Hoffnung sei auf die Steigerung der Zolleinnahmen um 70 Millionen basirt; dieses Plus sei aber durch die lex Franckenstein den Einzelstaaten überwiesen. Jetzt solle ein vollständiger Strich durch die berechtigten Ansprüche der Einzelstaaten gemacht werden. Früher wäre die Ueberweisung an die Einzelstaaten die Lockspeise für die Bewilligung der hohen Zölle gewesen; jetzt solle die „Natur der Dinge" das Gegentheil herbeiführen. Staatssekretär von Maltzahn: Alle in der Presse mitgetheilten Pläne der Reichsfinanzverwaltung über ein Rohspiritusmonopol seien unwahr. Abg. Richter solle doch bezüglich der Zölle nur das gesetzlich Bestehende berücksichtigen und nicht ungewisse Aenderungen. Direktor Aschenborn: 50 Prozent der Reichseinnahmen seien einer organischen Entwickelung entzogen, darum müsse das Reich für seine Mehrausgaben in anderen Quellen Ersatz suchen. Die lex Franckenstein sollte nur dem Reichstag ein Einnahmebewilligungsrecht sichern. Thatsächlich sei das, was Redner vorausgesetzt, bereits eingetreten. Im letzten Jahrzehnt herrschte allerdings ein ganz außergewöhnliches Wachsen der Ausgaben, das werde aber nicht so fortdauern. Abg. Dr. Lieber (Zentrum) beantragt, die Mittheilungen des Direktors Aschenborn für die Kommission drucken zu lassen. Der Antrag wird angenommen. Abg. Richter beantragt, eine Uebersicht der Steigerungen der Zivilausgaben des Reichs ebenfalls der Kommission mitzutheilen, als Gegenstück zu der heutigen Darlegung des Direktors Aschenborn. Auch dieser Antrag wird angenommen. Abg. von Stumm tritt den Ausführungen des Direktors Aschenborn betreffs der lex Franckenstein bei. Der Ausdruck „Zukunftsmusik" passe weit mehr auf die Ausgabeberechnungen der Deutsch Freisinnigen, als auf die Einnahmeberechnungen des Reichsschatzamts. Das etwaige Defizit für das Jahr 1894/95 sei nicht maßgebend. Die letzten sieben Sitzungen der Kommission, die sich mit den künftigen Finanzverhältnissen beschäftigen, hätten gar keinen Nutzen gebracht. Abg. v. Bennigsen erklärt sich gegen die Fortsetzung der Detailberathung über die künftigen Finanzen, da sie keinen praktischen Zweck habe. Die Kritik des Abg. Richter gegenüber den Berechnungen des Direktors Aschenborn weise vielfache Widersprüche auf. Andererseits habe auch Direktor Aschenborn Unrecht, die Franckensteinsche Klausel hineinzuziehen und so einseitig als bloßer Sicherung des Einnahmebewilligungsrechtes des Reichstages hinzustellen. Es seien noch ganz andere Motive für diese Klausel maßgebend gewesen, vor allem die Rücksicht auf die Finanzbedürfnisse der Einzelstaaten. Er möchte fragen, ob Herr Aschenborn sich denn eine Beseitigung der Franckensteinschen Klausel so leicht vorstelle. Jetzt aber möge die Kommission endlich in die Berathung der Vorlage eintreten. Die wirkliche Berathung der neuen Steuervorlagen werde auch ein Zurückkommen auf das finanzielle Gebiet ermöglichen. — Abg. Richter: Der Reichsfinanzverwaltung gebühre kein besonderer Dank für ihre Mittheilungen; im Gegentheil, es war Pflicht der Regierung, gleich bei Einbringung der Vorlage, welche so kolossale Mehrausgaben verursacht, von selbst ein vollständiges Finanzexposé zu geben. Der Redner rechtfertigt das bisherige Vorgehen der Kommission und insbesondere der oppositionellen Seite. Direktor Aschenborns Darlegung gipfle darin, die Verlegenheiten des Reiches auf die Einzelstaaten abzuwälzen, unter Ignorirung der lex Franckenstein. Die Bezüge der Einzelstaaten werden von der Schatzverwaltung auf den jetzigen Stand fixirt, das sei gerade das Gegentheil der Tendenz der lex Franckenstein, welche die Bezüge des Reiches fixiren wollte. Der Trost, daß die bisherigen „Jugendjahre" des Reichs die starken Mehrausgaben veranlaßt haben, verfangen nicht; auch das reife Alter erheische große Ausgaben; man denke nur an die Pläne der Bewaffnungsreform u. s. w. Staatssekretär v. Maltzahn erklärt sich bereit, für 1894/95 einen speziellen Finanzplan mitzutheilen; dieses Jahr sei aber für die künftige Finanzgestaltung nicht ausschlaggebend. Die Einnahmen haben sich durch die Handelsverträge vermindert, die geforderten Mehreinnahmen, z. B. bei der Zuckersteuer, seien zum Theil vom Reichstage verweigert worden. Seit Ende der siebziger Jahre seien doch recht erhebliche Summen aus den Reichseinnahmen an die Einzelstaaten überwiesen, wie Redner an den preußischen Ziffern darthut. Er wendet sich des Weiteren gegen die Vorwürfe Richters, daß die Reichsregierung dem Reichstag keine genügende finanzielle Vorlage gemacht habe, und verweist auf die drei Steuervorlagen. Abg. Dr. Lieber (Zentr.) freut sich, im Gegensatze zu dem Abg. v. Bennigsen, daß Direktor Aschenborn die Franckensteinsche Klausel in die Diskussion eingeführt habe. Die Einzelstaaten möchten sich merken, was die Reichs-Finanzverwaltung als „Natur der Dinge" betrachte. Abg. Richter polemisirt gegen die Ausführungen des Staatssekretärs v. Maltzahn. Der Sinn der Franckensteinschen Klausel sei unbedingt der gewesen, die indirekten Steuern auch für die Einzelstaaten nutzbar zu machen. Abg. Dr. Buhl (natlib.) führt nach dem statistischen Jahrbuche die Höhe der Matrikularbeiträge und Ueberweisungen seit 1879 an. Danach sei die Lage der Einzelstaaten nach der Franckensteinschen Klausel Jahre lang ungünstiger gewesen als jetzt. Nach einer kurzen Erwiderung des Staatssekretärs v. Maltzahn bemerkt Abg. Richter gegenüber dem Abg. Dr. Buhl, daß seit 1885/86 die Branntweinabgabe von 100 Millionen hinzugekommen sei, durch welche die Franckensteinsche Klausel einen neuen Inhalt bekommen habe. Abg. v. Stumm wiederholt, die Franckensteinsche Klausel habe gar keinen finanziellen Effekt gehabt. Staatssekretär von Maltzahn deduzirt aus den Ziffern der Matrikularbeiträge, daß die Einzelstaaten im Verhältniß zu den Reichseinnahmen jetzt günstiger stehen, als früher. Die finanzpolitische Diskussion ist damit beendet. Seitens des Abg. v. Bennigsen ist der Antrag eingegangen, die zweijährige Dienstzeit der Fußtruppen für die Dauer der Friedenspräsenzstärke gesetzlich zu fixiren. Vom Abg. Bebel liegt ein Antrag vor, die zweijährige Dienstzeit überhaupt gesetzlich festzulegen. — Die nächste Sitzung der Kommission, in welcher die Spezialdebatte über die Einführung der zweijährigen Dienstzeit beginnen soll, ist auf Dienstag anberaumt.

Die Versammlung der Landwirthe in Bromberg.

II **Bromberg,** 12. Februar.

Die Versammlung der Landwirthe, welche gestern Nachmittag in der „Concordia" hierselbst stattfand, war von ca. 500 Personen besucht, von denen aber wohl gegen 200 auf Städter und der landwirthschaftlichen Bewegung fern stehende Personen kamen. Die Versammlung wurde durch den Rittergutsbesitzer von Witzleben auf Witzleben, Kreis Wirsitz, eröffnet, welcher, nachdem er zum Vorsitzenden gewählt worden war, die Herren Mehl auf Poburken, Kommissionsrath Boas-hier zu Beisitzern und Dr. Hopp-hier zum Schriftführer ernannte. Hierauf hielt derselbe eine Ansprache, in welcher er zunächst auf den Aufruf des Herrn Ruprecht-Ransern zur Bildung einer großen Vereinigung der Landwirthe Deutschlands hinwies und dann bemerkte, daß bereits in Nakel eine Versammlung von 120 Landwirthen getagt und diese den Beschluß gefaßt habe, der Bildung eines Vereins im Sinne des Herrn Ruprecht zuzustimmen. Anknüpfend hieran ließ er sich über den Zweck einer derartigen Vereinigung aus, sprach von der Noth der Landwirthe und erklärte den Aufruf des Herrn Ruprecht für eine Folge dieses Nothstandes. — Ein folgender Redner bezeichnete im Anschlusse an die Rede des Vorsitzenden die Lage der Landwirthe als eine ganz unerträgliche. Es sei Zeit, daß die Regierung mit Maßregeln komme, durch welche dem Niedergange der Landwirthschaft entgegen getreten werde. „Wir sind ruhige Leute," so äußerte er sich, „aber die Thatsachen verlangen, daß wir uns nunmehr aufraffen und uns zur Bildung eines großen Wahlvereins zusammenthun, damit Männer gewählt werden (in den Reichstag und das Abgeordnetenhaus), welche für die landwirthschaftlichen Interessen einzutreten gewillt sind." Deshalb habe auch die Versammlung in Nakel beschlossen, einen solchen Verein zu gründen, welcher die landwirthschaftlichen Interessen vertritt und auf konservativem Boden steht.

Herr Mehl-Poburken bezeichnete den Aufruf des Herrn Ruprecht als ihm aus der Seele gesprochen und wünschte ohne weitere Debatte sich der großen in Berlin zusammentretenden Vereinigung anzuschließen.

Rittergutsbesitzer v. Falkenthal-Slupowo: Es sei fehlerhaft, diese Vereinigung als auf konservativem Boden stehend zu bezeichnen. Soll diese Vereinigung eine praktische Bedeutung für die Landwirthschaft haben, dann müssen in derselben alle Parteien vertreten sein. Mancher Landwirth würde sich durch die Bezeichnung „Konservative Vereinigung" verletzt fühlen und derselben nicht beitreten.

Graf v. d. Goltz weist darauf hin, daß die Landwirthschaft ihre Freunde stets bei den Konservativen gehabt habe, deshalb sei die Bezeichnung „Konservative Vereinigung" nicht unpassend, sondern zutreffend. — Aehnlich spricht sich ein anderer Redner aus, der auf die Herren Graf Mirbach, v. Minnigerode, v. Plötz hinweist, welche bereits in dieser Bewegung im Vordergrunde stehen.

Kommissionsrath Boas bemerkt, daß er schon auf der Nakeler Versammlung dem Grafen v. d. Goltz entgegengetreten sei und wundert sich, daß in der heutigen Versammlung Punkte berührt würden, die dazu angethan seien, die in Rede stehende Vereinigung zu trennen. Man sollte nicht Trennungspunkte, sondern Vereinigungspunkte hervorsuchen. Letzteres geschehe, wenn politische Meinungsverschiedenheiten ganz aus dem Spiel gelassen würden. Es handele sich um einen Bund der Landwirthe zur Vertretung landwirthschaftlicher Interessen, nicht um eine politische Vereinigung.

Nachdem dann noch einige Redner in betreff des Falkenthalschen Antrages, die Bezeichnung „Konservative Vereinigung" wegzulassen, für und wider gesprochen hatten, wurde der Antrag mit großer Majorität angenommen. — Nunmehr gelangte der Antrag, betreffend die Zustimmung zu der großen landwirthschaftlichen Vereinigung zur Diskussion.

Der hiesige Dachdeckermeister Friebel giebt Namens des Bromberger Innungsausschusses, deren Vorsitzender er ist, die Erklärung ab, daß die Handwerker Brombergs bei den Bestrebungen der Landwirthe auf der Seite derselben ständen und mit ihnen den Nothstand der Landwirthschaft fühlten. Diese Erklärung führte zu einer Erwiderung seitens eines bäuerlichen kleinen Besitzers und Handwerkers. Mit kurzen dürren Worten sprach derselbe als alter erfahrener Handwerker sich abfällig über das ganze Innungs- und Zunftwesen, wie es jetzt wieder angestrebt werde, aus; er habe dessen verschiedene Stadien schon vor 1848 gründlich kennen gelernt. Aber auch die Herren Großgrundbesitzer kamen schlecht bei ihm weg, denn er sagte es frei heraus, daß diese Herren den Bauern nur dann gebrauchten, wenn es sich um Wahlen handelte, im Uebrigen aber sich wenig um ihn kümmerten. Wie stehe es mit der Vertretung im Kreistage? Dort führten nur die Herren Rittergutsbesitzer das Wort 2c. — Diese Einsprache veranlaßte Herrn Bernstein zu einer schneidigen Erklärung, welche dahin ausklang, daß er ein Freund des kleinen Bauerstandes sei und daß das, was der Vorredner gesagt, nicht zutreffe. Bei der nun folgenden Abstimmung wurde der Antrag: „Sich der großen Vereinigung der Landwirthe anzuschließen" einstimmig angenommen, gleichzeitig aber auch der von Mehl-Poburken gestellte Antrag, aus der heutigen Versammlung 21 Delegirte zu der am 18. d. Mts. in Berlin stattfindenden Versammlung zu wählen. Gewählt wurden: Marquardt-Sataren, Schultz-Kussowo, Krüger-Hasseln, Rasmus-Niewiesczyn, Tonn-Nakel, Bohm-Wiskittno, Menzel-Elsenau, v. Falkenthal-Slupowo, v. Witzleben-Witzleben, Mehl-Poburken, Wegner-Ambach, Bernsten-Dobslaff, v. Born-Fallois auf Sienno, Landrath a. D. v. Oertzen in Berlin (hochkonservativ und Abgeordneter für Bromberg im Landtage), Schmidt-Karolewo, Friebel-hier, Fengler-Schiepershof, v. Klahr-Hohenhausen, Friedrichowicz-Wilsze, Scheunemann und Prestina.

Nach stattgehabter Wahl hielt Herr Bernstein noch einen längeren Vortrag über die Noth der Landwirthschaft, sprach sehr abfällig über die Staffeltarife und gegen die Ermäßigung der Getreidezölle, wobei er es an Ausfällen auf den Landwirthschaftsminister nicht fehlen ließ. So meinte er, derselbe habe kein Herz für die Landwirthschaft 2c., er sprach ferner davon, wie nöthig es sei, nur Männer als Abgeordnete zu wählen, welche ein festes Rückgrat hätten, und nicht solche, die vom Rückgratsbazillus befallen (!) wären. Schließlich stellte er den Antrag, in einem Immediatgesuche an den Kaiser sich gegen die Handelsverträge mit Rumänien und Rußland, welche in Aussicht ständen, zu erklären, damit dieselben nicht zu Stande kämen. Diesem Antrage stimmte die Versammlung ebenfalls zu.

Nach einer hierauf folgenden Aufforderung an die Anwesenden zur Zeichnung, eines Garantiefonds und nachdem diese Zeichnungen erfolgt waren — baar eingezahlt wurden sogleich 1600 Mk. — wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser geschlossen.

Lokales.

Posen, 13. Februar.

* **Das Wetter** ist in einem fortwährenden Wechsel begriffen. Gestern früh und auch noch bis in den Nachmittag hinein wehte eine milde Frühlingsluft, welche mit aller Gewalt in das Freie hinauslockte. Aber leider kamen die meisten Spaziergänger nicht weiter, als bis zu den Thoren, da draußen die Wege so durchweicht waren, daß man höchstens einzelne halbtrockene Stellen fand. Um so lebhafter war der Verkehr in den Straßen der Stadt. Gegen Abend kühlte sich die Temperatur wieder stark ab und um halb 7 Uhr fiel sogar eine Viertelstunde lang Schnee in dichten Massen. Die Nacht brachte mit einem weiteren Sinken der Temperatur abermals leichten Schneefall, so daß heute früh Dächer und Straßen wieder eine — wenn auch nur dünne — winterliche Decke zeigten.

e. **Die Beerdigung des Kriminal-Kommissars Mißbach** fand gestern Nachmittag unter zahlreicher Betheiligung vom Trauerhause nach dem Halbdorf-Kirchhofe statt. Herr Superintendent Zehn hielt in der Wohnung des Verstorbenen die Trauerrede, der dann am Grabe ein kurzes Gebet und der Segen folgte. Dem imposanten Trauerkondukt folgten der Präsident und die Beamten der Polizei-Direktion, die Revierkommissarien und eine größere Deputation von Schutzleuten, von welchen auch die von Behörden und Vereinen gespendeten prachtvollen Kränze vorangetragen wurden. Es folgten dann der Allgemeine Männergesangverein und der Handwerkerverein, in denen der Verewigte lange Jahre hindurch Vorstandsämter bekleidete, außerdem zahlreiche Freunde und Bekannte. Am Grabe widmeten ihm der Allgemeine Männergesangverein noch zwei Lieder, womit die ernste Feier ihr Ende erreichte.

p. **Die Uebelstände,** welche die letzte lange Frostperiode in unserer Stadt hervorgerufen, sind noch immer nicht ganz beseitigt. Auf der Brombergerstraße ist dort, wo das Rinnsteinwasser den Straßendamm überfluthet hatte, eine Barrière aufgestellt worden und heute soll mit dem Aufthauen durch Dampf begonnen werden. Schlimm sieht es vielfach auch noch in unseren Vororten aus. In Jersitz traten in der Hedwig- und Posener Straße Ueberschwemmungen ein, da die Kanäle verstopft waren. Auf Requisition der Polizei wurden dieselben durch Arbeiter wieder freigemacht.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 12. Febr. Der Mörder der am 1. d. Mts. in ihrer Wohnung Gerichtsstraße erschlagen aufgefundenen Frau Leschonsky und deren zweijährigen Knaben ist heute Vormittag in der Person des sechzehnjährigen Arbeitsburschen Paul Schmidt verhaftet worden. Schmidt ist geständig; man fand bei ihm noch die der Ermordeten geraubte Uhr nebst Kette.

Görlitz, 11. Febr. Das königliche Eisenbahn-Betriebsamt macht bekannt: Am 10. Februar $4^1/_2$ Uhr Nachm. entgleiste ein Theil des Güterzuges 2533 zwischen den Stationen 355, 2 und 355,3 vor dem Viadukt bei Oberwüstegiersdorf der Strecke Dittersbach-Glatz. Die entgleisten Wagen wurden, neben dem Geleise herlaufend, bis auf den Viadukt mit fortgezogen, wo dieselben zum Stehen kamen. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten,

der Güterverkehr wird umgeleitet. Verletzt wurde Niemand. Die Verkehrsstörung wird voraussichtlich mehrere Tage dauern.

An demselben Tage Nachmittags 12¹/₂ Uhr entgleiste zwischen Liebau und Blasdorf in Folge Schneeanhäufung die erste der zwei Maschinen des Personenzuges 561 und stürzte um. Der Zug wurde nach Liebau zurückgeholt und die Reisenden mit dem nächsten fahrplanmäßigen Zuge befördert. Eine weitere Verkehrsstörung ist nicht eingetreten. Das Lokomotivpersonal wurde leicht verletzt. In Folge starken Schneefalles ist der Güterverkehr von und nach Liebau vom 11. Februar eingestellt. Der Personenverkehr wird aufrecht erhalten.

Görlitz, 12. Febr. Das königliche Eisenbahn-Betriebsamt macht bekannt: Der Güterverkehr von und nach Liebau ist wieder aufgenommen.

Bremen, 11. Febr. An Bord des Dampfers des Norddeutschen Lloyd „Köln" sind während des Aufenthaltes desselben in Santos Erkrankungen am gelben Fieber vorgekommen; in Folge derselben sind gestorben: der erste Offizier Möller, der erste Maschinist Roth, der zweite Maschinist Wessels, der Arzt Hofftetter, der Bäcker Funke und der Matrose Dornemann. Weitere fünf Mann der Besatzung sind krank im Hospital in Santos zurückgeblieben. Der Dampfer „Köln" hat inzwischen die Rückreise über Rio und Bahia nach Bremen angetreten. Die übrigen brasilianischen Häfen sind fieberfrei. Der „Norddeutsche Lloyd" hat bekanntlich seine Fahrten nach Santos eingestellt.

Wien, 10. Febr. Der Volkswirthschafts-Ausschuß des Abgeordnetenhauses genehmigte heute den Handelsvertrag und das Viehseuchen-Uebereinkommen mit Serbien.

Wien, 11. Febr. Der „Polit. Korresp." wird aus Petersburg gemeldet, daß der Minister v. Giers seine Rückreise nach Rußland bis April verschoben habe.

Brünn, 11. Febr. Zwei mit Revolvern bewaffnete Individuen, anscheinend Arbeiter, drangen heute in das Komptoir des Fabrikanten Rosenthal, verwundeten Letzteren, sowie zwei im Komptoir anwesende Arbeiter und einen Advokaten durch Schüsse. Rosenthal ist seinen Verwundungen erlegen. Die Thäter sind bisher noch nicht ergriffen.

Brüx, 11. Febr. Heute schlossen sich den 1100 streikenden Arbeitern der staatlichen Kohlengruben bei Kopitz die Arbeiter mehrerer Nachbarschächte an, so daß die Gesammtzahl der Streikenden nunmehr 2000 beträgt. Dieselben verlangen Entfernung mißliebiger Aufsichtsorgane und Wiederaufnahme entlassener Arbeiter.

Pest, 10. Febr. In dem Kupons-Prozeß gegen die österreichisch-ungarische Staatsbahn verlangte heute der klägerische Vertreter Dr. Visontai die Vernehmung des Markgrafen Pallavicini, des Finanziers Joubert und des Geschäfts-Inhabers der Berliner Diskonto-Gesellschaft von Hansemann als Sachverständige. Joubert solle auch einen Haupteid leisten, ob der Kupon bisher nicht unverkürzt eingelöst worden sei. Der nächste Termin findet am 14. April statt.

Pest, 10. Febr. Die Synode Evangelisch-Augsburger Konfession berieth heute den Bericht der Kommission betreffs der gemeinsamen Angelegenheiten mit der reformirten Kirche und nahm mit überwiegender Majorität folgenden Antrag an: Die Eheangelegenheiten interessiren beide Konfessionen gemeinsam und sind in erster Reihe vom staatlichen Gesichtspunkte zu beurtheilen; allein bei dem heutigen Stande der Sache ist es nicht zeitgemäß, sich über die Ehefrage ausführlicher auszusprechen.

Petersburg, 11. Febr. Dem „Grashdanin" ist eine zweite Zensur-Verwarnung ertheilt worden wegen eines Artikels, welcher abfällige Aeußerungen über den Moskauer Adel enthält. — Gestern traf hier der Erbprinz von Montenegro ein und wurde vom Großfürsten-Thronfolger, sowie den Großfürsten Georg-Michailowitsch und Alexander Michailowitsch am Bahnhofe empfangen. Der Erbprinz, welcher im Winterpalais abgestiegen ist, machte gegen Abend im Anitschkow-Palais Besuch.

Kopenhagen, 11. Febr. Wie das Journal „Politiken" mittheilt, beabsichtigt der Minister des Auswärtigen die Errichtung einer dänischen Gesandtschaft in Madrid vorzuschlagen.

Rom, 11. Febr. [Deputirtenkammer.] Der Schatzminister Grimaldi trug das Finanzexpose vor und führte aus, daß in den letzten sieben Geschäftsjahren die Budgets von 85/86 bis 88/89 ein wachsendes und von 89/90 bis 91/92 ein abnehmendes Defizit aufweisen. Das gegenwärtige Defizit betrage 48 Millionen; jedoch sei der Anfang einer Besserung in fast allen hauptsächlichen Einnahmen wahrzunehmen. Das Budget von 92/93 werde einen Ueberschuß von 10 Millionen aufweisen. Die Kassenbestände seien gute; das Budget von 93/94 ergebe einen Ueberschuß von 1⁴/₁₀ Millionen. Der Schatzsekretär sprach hierauf von den bereits bei den allgemeinen Wahlen angekündigten Reformen. Er erklärte, daß eine Reform des Pensionssystems das hauptsächlichste Mittel darbieten werde, um das Gleichgewicht zwischen den Ausgaben und Einnahmen herzustellen. Des Weiteren untersuchte der Minister die einzelnen Theile des Budgets, wie sich dieselben in den nächsten 10 Jahren gestalten würden, und kam zu dem Schlusse, daß die Fehlbeträge in denselben nur sehr geringe sein werden; man müsse indessen noch an andere Maßregeln denken, um die Elastizität des Budgets zu vergrößern. Grimaldi kündigte alsdann ein Petroleummonopol an, wodurch eine neue Einnahme von 13 Millionen erzielt werden würde, er prüfte die Möglichkeit einer Monopolisirung des Alkohols, welche gegen 12 Millionen einbringen würde. Was die Angelegenheit der Emissionsbanken betreffe, so enthalte er sich, darüber zu sprechen, da ja demnächst hierüber eine längere Berathung stattfinden würde.

Paris, 10. Febr. In der heutigen Kammersitzung wurde ein von zahlreichen Deputirten unterstützter Antrag vertheilt, worin wegen des niedrigen spanischen Wechselcourses die Verdoppelung des Eingangszolles auf spanische Weine verlangt wird.

Paris, 11. Febr. Der deutsche Botschafter Graf Münster ist von seiner Krankheit nunmehr wieder hergestellt und reiste heute Abend in Begleitung seiner Tochter nach Pau zu einem vierzehntägigen Aufenthalte.

Paris, 11. Febr. Heute Nachmittag fand hierselbst eine Versammlung von Inhabern der dreiprozentigen Obligationen der österreichisch-ungarischen Staatseisenbahn-Gesellschaft statt. Es waren 100 000 Obligationen vertreten. Die Versammlung nahm fast einstimmig eine Resolution an, durch welche das Komitee ermächtigt wird, ein Arrangement zu treffen, welches dahin geht, daß die Eisenbahn-Gesellschaft definitiv die Zahlung der in Oesterreich bestehenden Steuern auf sich nimmt, daß sie also die Zahlung der Kupons mit 3 Prozent, d. h. mit 7,50 Frcs. netto pro Kupon leiste, wobei es sich verstehe, daß die Gesellschaft die einbehaltenen, seit dem 1. September nicht bezahlten 75 Centimes per Kupon auszahle; 2. daß die im Jahre 1948 ablaufenden Amortisationsfristen für die Serien 1 bis 9 der Obligationen bis 1965 vertagt werden; 3. daß es der Gesellschaft möglich sei, alljährlich eine Amortisirung al pari im Wege der Ausloosung vorzunehmen, an Stelle der Rückkäufe an der Börse bis zu einem Kurse von 500 Frcs. per Obligation. Dieses Arrangement soll geändert werden können, jedoch nur unter der Bedingung, daß es stets die Wiederaufnahme und Aufrechterhaltung der unverkürzten Kuponzahlung zur Grundlage behalte.

Paris, 12. Febr. Nach einer hier vorliegenden Meldung aus Madrid, sind daselbst aus Malaga Nachrichten eingegangen, denen zufolge die Erregung unter den marokkanischen Stämmen im Wachsen begriffen sei. Es fänden seitens derselben Waffenankäufe in Gibraltar statt.

Paris, 11. Febr. Charles Lesseps, Fontane und Cottu legten heute die Nichtigkeitsbeschwerde über das gegen sie ergangene Urtheil ein.

Die Deputirtenkammer beschloß, entgegen den Ausführungen des Finanzministers Tirard, die Berathung über die Gewerbesteuer-Reform mit der Budgetberathung zu verbinden. Gemäß dem Wunsche des Ministers des Auswärtigen Develle wurde die Interpellation des radikalen Deputirten Hubbard über die Jubiläums-Beglückwünschung des Papstes durch eine Spezialgesandschaft auf unbestimmte Zeit vertagt und darauf die Budgetberathung fortgesetzt.

Paris, 11. Febr. [Deputirtenkammer.] Bei der Budgetberathung wurde die Einheitssteuer von 10 Frcs. auf alle Fahrräder mit 300 gegen 176 Stimmen angenommen. Nächste Sitzung Mittwoch. Die Interpellation wegen der allgemeinen Politik des Kabinets wird nächsten Mittwoch oder Donnerstag eingebracht werden.

Paris, 11. Febr. Nach einer Meldung des „Gaulois" beabsichtigt ein Deputirter erforderlichenfalls einen Gesetzentwurf wegen Amnestirung des verurtheilten Ferdinand von Lesseps einzubringen. — Der Gemeinderath von Rouen hat beschlossen, den „Quai Lesseps" in „Quai Boisguilbert" umzutaufen.

Marseille, 10. Febr. Heute ist hier eine Person unter choleraverdächtigen Symptomen erkrankt.

Marseille, 12. Febr. Seit gestern Abend 6 Uhr bis heute Nachmittag zwei Uhr sind hier 35 Todesfälle, darunter 8 unter verdächtigen Symptomen, vorgekommen.

Brüssel, 12. Febr. Heute fand hier ein Kongreß der Arbeitslosen statt, welchem Delegirte aus Lüttich, Gent, La Louvière, Antwerpen und anderen Städten beiwohnten. Die einzelnen Redner griffen das Verhalten der Regierung und des Bürgermeisters von Brüssel heftig an. Es wurde eine Resolution beschlossen, in der die Sympathie mit den Arbeitslosen der anderen Länder ausgedrückt wird.

Madrid, 11. Febr. Ein gestern Abend von Republikanern abgehaltenes Meeting wurde schließlich polizeilich aufgelöst wegen der dabei gehaltenen umstürzlerischen Reden. Mehrere Redner wurden verhaftet. Bei dem Verlassen des Versammlungslokals kam es zu tumultuarischen Kundgebungen, die schließlich unterdrückt wurden.

Madrid, 12. Febr. Die „Correspondencia" und der „Imparcial" veröffentlichen Depeschen aus Tanger, welche die Meldung von einer neuen Erhebung der Kabylen bestätigen. In einem Kampfe sei ein Sohn des Sultans von Marokko verwundet worden.

Gent, 11. Febr. In dem Sozialisten-Prozesse wegen des blutigen Zusammenstoßes mit der Polizei am 12. Dezember v. J. wurde heute das Urtheil gesprochen. Acht Angeklagte wurden zu Gefängnißstrafen von 18 Monaten bis zu 15 Tagen verurtheilt, fünf Angeklagte wurden freigesprochen. Der Staatsanwalt legte Berufung ein.

London, 10. Febr. [Unterhaus.] Adreßdebatte. Roß brachte ein Amendement ein, durch welches das Bedauern ausgesprochen wird, daß vier Gefangene zu Gweedore, welche wegen Todtschlags, verübt an dem Polizei-Inspektor Martin verurtheilt waren, begnadigt wurden. Der Staatssekretär für Irland, John Morley, vertheidigte die Freilassung; die Umstände, welche bei der Verübung des Todtschlags obgewaltet hätten, böten nur ungenügende Beweise der Schuld; auch seien andere Angeklagte, gegen welche eine gleiche Anklage vorgelegen hätte, freigesprochen worden. Hierauf wurde das Amendement Roß ohne Abstimmung abgelehnt. Arnold Forster brachte ein Amendement ein, in welchem das Bedauern ausgesprochen wird, daß bei den irischen Wahlen Priester Einschüchterungsversuche vorgenommen hätten, und in dem gefordert wird, daß bei etwaigen Wiederholungen von Einschüchterungen strenge Maßregeln ergriffen werden. Das Amendement Forsters wurde mit 248 gegen 205 Stimmen verworfen. Im Laufe der Debatte erklärte General-Staatsanwalt Charles Russel, bei den Wahlen in Meath sei viel Tadelnswerthes vorgekommen, wogegen Maßnahmen ergriffen werden müßten. Der Zweck des Amendements aber sei kein legitimer, sondern bezwecke die Diskreditirung der Homerule-Bill.

London, 10. Febr. Dem „Reuterschen Bureau" wird versichert, die Verlobung des Herzogs von York mit der Prinzessin May von Teck werde morgen in Osborne bei Gelegenheit eines Festmahls bei der Königin Viktoria offiziell verkündigt werden. Der Herzog von York hält sich zur Zeit in Osborne auf, der Prinz von Wales wird sich morgen dorthin begeben.

Dem „Reuterschen Bureau" zufolge ist der Khedive heute in Cairo eingetroffen und von einer aus englischen und ägyptischen Truppen gebildeten Ehrenwache empfangen worden. Eine große Menge von Europäern und Eingeborenen betheiligte sich an dem Empfange.

London, 11. Febr. Dem „Reuterschen Bureau" wird aus Buenos-Ayres von gestern gemeldet, daß in der schwebenden Streitfrage wegen Deponirung von 50 Prozent der Eisenbahn-Einnahmen an die Staatskassen der Generalprokureur die Entscheidung dahin getroffen habe, daß diese Deponirung nicht zu geschehen habe, wenn die Einnahmen niedriger seien als die Betriebsausgaben.

London, 11. Febr. Der brasilianische Gesandte hat dem „Reuterschen Bureau" ein Telegramm des Finanzministers in Rio de Janeiro mitgetheilt, worin der Minister anzeigt, daß er die Ermächtigung zur Zurückziehung und Tilgung von Schatzscheinen im Betrage von 50 000 Kontos ertheilt habe.

London, 13. Febr. Die „Times" meldet aus Philadelphia: Cleveland bestimmte Walter Gresham für den Posten des Staatssekretärs, John Carliste zum Schatzsekretär, Daniel Lamont zum Kriegssekretär.

Handel und Verkehr.

Bromberg, 11. Febr. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 140—150 M., feinster über Notiz. — Roggen 112—124 M. feinster über Notiz. — Gerste nach Qualität 122—130 M. — Brau- 131—135 M. — Erbsen, Futter- 122—135 M. — Kocherbsen 150—165 M. — Hafer 135—140 M. — Spiritus 70er 31,50 Mark.

** **Rom,** 10. Febr. Die heutige General-Versammlung des „Credito mobiliare italiano" genehmigte einstimmig die vom Aufsichtsrathe vorgelegte Bilanz. Nach derselben haben die Depots um 21 Millionen zugenommen; das Portefeuille hat um dreißig Millionen abgenommen, und die Verwaltungskosten haben sich bedeutend verringert.

** **Washington,** 10. Febr. Nach dem Monatsbericht des Ackerbau-Departements beträgt der zum Verkauf gestellte Durchschnittsertrag der Baumwollenernte 87⁹/₁₀ Proz. einer Mittelernte und 69²/₁₀ Proz. im Vergleich mit der vorigjährigen Ernte. Die mittlere Flachsernte beträgt 32 Proz.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1893.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
11. Nachm. 2	742,0	SW stark	bedeckt	+ 2,9
11. Abends 9	742,1	W frisch	bedeckt ¹)	+ 3,0
12. Morgs. 7	742,1	W stark	bedeckt	+ 3,6
12. Nachm. 2	742,7	NW frisch	bedeckt	+ 4,2
12. Abends 9	746,1	W frisch	bedeckt ²)	+ 1,1
13. Morgs. 7	748,0	W mäßig	bedeckt ³)	+ 0,1

¹) Am Tage öfters Regen. ²) Nachmittags und Abends Regen und Schnee.

Am 11. Februar Wärme-Maximum + 3,5° Cels.
Am 11. " Wärme-Minimum + 0,3° "
Am 12. " Wärme-Maximum + 2,6° "
Am 12. " Wärme-Minimum + 1,1° "

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 11. Febr. (Schlußkurse.) Schwächer.

Neue 3proz. Reichsanleihe 87,40, 3¹/₂ proz. L.-Pfandbr. 98,85, Konsol. Türken 21,95, Türk. Loose 94,50, 4proz. ung. Goldrente 97,30, Bresl. Diskontobank 96,50, Breslauer Wechslerbank 96,50, Kreditaktien 175,60, Schles. Bankverein 114,75, Donnersmarckhütte 87,00, Flöther Maschinenbau —,—, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 113,50, Oberschles. Eisenbahn 50,25, Oberschles. Portland-Zement 71,50, Schles. Cement 124,25, Oppeln. Zement 91,60, Schl. D. Zement —,—, Kramsta 135,00, Schles. Zinkaktien 176,00, Laurahütte 96,75, Verein. Oelfabr. 91,50, Oesterreich. Banknoten 168,75, Russ. Banknoten 213,25, Giesel Cement 79,00. 4proz. Ungarische Kronenrente 94,05.

Frankfurt a. M., 11. Febr. (Schlußkurse) Schwankend.

Lond. Wechsel 20,423, 3proz. Reichsanleihe 87,25, österr. Silberrente 83,00, 4¹/₅ proz. Papierrente 83,30, do. 4proz. Goldrente 99,20, 1860er Loose 128,60, 4proz. ung. Goldrente 96,90, Italiener 92,30, 1880er Russen —,—, 3. Orientanl. 69,20, unifiz. Egypter 100,5, konv. Türken 21,95, 4proz. türk. Anl. —,—, 3proz. port. Anl. 21,00, 5proz. serb. Rente 80,60, 5proz. amort. Rumänier 98,90, 6proz. konsol. Mexik. 79,90, Böhm. Westbahn 307¹/₈, Böhm. Nordb. —,—, Franzosen —, Galizier —,—, Gotthardbahn 152,10, Lombarden 82, Lübeck-Büchen 139,50, Nordwestbahn —, Kreditaktien 272⁵/₈, Darmstädter 135,20, Mitteld. Kredit 98,50, Reichsb. 150,20, Disk.-Kommandit 186,10, Dresdner Bank 143,50, Pariser Wechsel 81,225, Wiener Wechsel 168,65, serbische Tabaksrente 79,80, Bochum. Gußstahl 127,00, Dortmund. Union 61,00, Harpener Bergwerk 133,60, Hibernia 114,00, 4proz. Spanier 61,70, Mainzer 111,70. Berliner Handelsgesellschaft 141,40, Kronenrente 94,10.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 273¹/₈, Disk.-Kommandit 187,70, Laurahütte —,—.

Wien, 11. Febr. (Schlußkurse.) Nach festem Verlauf Spekulationspapiere schließlich leicht abgeschwächt. Renten fest.

Oesterr. 4¹/₅% Papierr. 98,92¹/₂, do. 5proz. —,—, do. Silberr. 98,60, do. Goldrente 117,80, 4proz. ung. Goldrente 115,00, 5proz. do. Papierr. —,—, Länderbank 236,90, österr. Kreditakt. 324,65, ungar. Kreditaktien 377,25, Wien. Bk.-V. 120,00, Elbethalbahn 232,75, Galizier 220,00, Lemberg-Czernowitz 259,50, Lombarden 94,40, Nordwestbahn 216,50, Tabaksakt. 174,00, Napoleons 9,61¹/₂, Marknoten 59,25, Russ. Banknoten 1,26, Silbercoupons 100,00, Bulgarische Anleihe 113,25.

Oesterr. Kronenrente 96,25, Ungar. Kronenrente 94,90.

Paris, 11. Febr. (Schlußkurse.) Fest.

3prozentige amort. Rente 98,70, 3proz. Rente 98,17¹/₂, 4proz. Anl. —, Italien. 5proz. Rente 91,82¹/₂, öster. Goldr. —, 4proz. ungar. Goldr. 96,18, 3. Orient-Anl. 69,95, 4proz. Russen 1889 98,30, 4proz. Egypter 100,0, konv. Türken 22,25, Türkenl. 93,75, Lombarden 221,25, do. Priorit. —,—, Banque Ottomane 587,00, Panama 5 proz. Obligat. —,—, Rio Tinto 387,50, Tab. Ottom. 372,50, Neue 3proz. Rente —,—, 3proz. Portugiesen 20,56, 3proz. Russen 79,00, Privatdiskont 2.

London, 11. Febr. (Schlußkurse.) Ruhig, stetig.

Engl. 2³/₄ proz. Consols 99, Preuß. 4proz. Consols 105, Italien. 5 proz. Rente 91¹/₈, Lombarden 8³/₄, 4proz. 1889 Russen II. Serie) 98⁷/₈, konv. Türken 22, österr. Silberr. 81, österr. Goldrente 98, 4proz. ungar. Goldrente 95¹/₂, 4prozent. Spanier 61¹/₄, 3¹/₂ proz. Egypter 94¹/₄, 4proz. unific. Egypter 99¹/₄, 4pr[illegible] gar. Egypter —, 4¹/₄ proz. Tribut-Anl. 98¹/₂, 6proz. Mexikaner 80³/₄, Ottomanbank 13³/₈, Suezaktien —. Canada Pacific 88¹/₂, De Beers neue 18³/₄, Platzdiskont 1⁵/₈, Silber 38⁶/₁₆.

Produkten-Kurse.

Köln, 11. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen loko hiesiger 16,50, do. fremder loko 17,75, per März 16,40, per Mai 16,80. Roggen hiesiger loko 14,75, fremder loko 16,75, per März 14,30, per Mai 14,35. Hafer hiesiger loko 15,00, fremder —,—. Rüböl loko 55,00, per Mai 53,90, per Okt. 53,90. Wetter: Veränderlich.

Bremen, 11. Februar. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notir. der Bremer Petroleumbörse.) Faßzollfrei. Ruhig. L[illegible]o 5,35 Br.

Baumwolle. Ruhig. Upland middl. loko 48 Pf. Upland Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung per Febr. 47¹/₂ Pf., p. März 47³/₄ Pf., p. April 48 Pf., p. Mai 48¹/₄ Pf., p. Juni 48¹/₂ Pf., p. Juli 48³/₄ Pf.

Schmalz. Steigend. Shafer — Pf., Wilcox 59 Pf., Choice

Grocery 59 Pf., Armour 59 Pf., Rohe u. Brother (pure) — Pf., Fairbanks 52 Pf, Cudahy 59.
Speck. Höher, loko Short clear middl. 51.
Tabak. Umsatz: 13 Fässer Stengel, 500 Packen St. Felix, 227 Seronen Carmen.
Bremen, 11. Febr (Kurse des Effekten- und Makler-Vereins 5proz. Nordd. Wollkämmerei- und Kammgarn-Spinnerei-Aktien 160 Br., 5proz. Nordd. Lloyd-Aktien 105 Gd.
Hamburg, 11. Februar. Getreidemarkt. Weizen loko ruhig, holsteinischer loko neuer 154–158. — Roggen loko ruhig mecklenb. loko neuer 134–136, russischer loko ruhig, transito 110. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. Rüböl (unverz.) still, loko 54. — Spiritus loco ruhig, per Februar 22¾ Br., per Febr.-März 22¾ Br., per April 22½ Br., per Mai-Juni 22¾ Br. — Kaffee fest. Umsatz 4000 Sack. — Petroleum loco ruhig. Standard white loko 5,20 Br., per März 5,05 Br. Wetter: Schön.
Hamburg, 11. Febr. Kaffee. (Schlußbericht). Good average Santos per März 84½, per Mai 83, per Sept. 82¾, per Dez. 82. Behauptet.
Hamburg, 11. Febr Zuckermarkt. Schlußbericht. Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per Febr. 14,25, per März 14,25, per Mai 14,40, per Sept. 14,30. Matt.
Pest, 11. Febr. Produktenmarkt. Weizen fest, per Frühjahr 7,51 Gd., 7,52 Br., per Herbst 7,62 Gd., 7,63 Br. Hafer per Frühjahr 5,51 Gd., 5,53 Br. Mais per Mai-Juni 4,76 Gd. 4,77 Br. Kohlraps per August-Sept. 11,50 Gd., 11,55 Br. — Thauwetter.
Paris, 11. Februar. Getreidemarkt. (Schluß.) Weizen ruhig, p. Febr. 21,70, p. März 21,90, p. März-Juni 22,20, p. Mai-August 22,50. — Roggen fest, per Febr. 13 80, per Mai-August 14.50. — Mehl matt, per Febr. 48,70, per März 48,70, p. März-Juni 48,70, per Mai-August 49,30. — Rüböl fest, per Febr. 58,25, per März 58,75, p. März-Juni 59,50, per Mai-August 60,00. — Spiritus ruhig, per Febr. 47,25, per März 47,25, per März-April 47,50, p. Mai-August 47,50. — Wetter: Milde.
Paris, 11. Febr. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. lok. 38,50. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3, per 100 Kilogr. per Febr. 40,50, per März 40,62½, per März-Juni 41.00, per Mai-August 41,50.
Montag und Dienstag kein Zuckermarkt.
Havre, 11. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 15 Points Hausse.
Rio 7 000 Sack, Santos 11 000 Sack Rezettes für gestern.
Havre, 11. Febr. (Telegr. der Hamb Firma Peimann Ziegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. Febr. 105,00, p. März 105,25, per Mai 104,25. Ruhig.
Amsterdam, 11. Febr. Java-Kaffee good ordinary 56.
Amsterdam, 11. Febr. Bancazinn 55½.
Amsterdam, 11. Febr. Getreidemarkt. Weizen per März 176, per Mai 178. — Roggen p. März 131, per Mai 130.
Antwerpen, 11. Febr. Petroleummarkt (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12⅝ bez. und Br., per Febr. 12⅝ Br., p. März-April 12⅝ Br., per Sept.-Dez. 12⅞ Br. Ruhig.
Antwerpen, 11. Febr. (Telegr. der Herren Wilkens und Co.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., p. März 4,40, p. Juli 4,52½ Käufer.
Antwerpen, 11. Febr. Getreidemarkt. Weizen still. Roggen ruhig. Hafer unverändert. Gerste ruhig.
London, 11. Febr. 96 pCt. Javazucker loko 16½ stetig, Rüben-Rohzucker loko 14¼ träge.
London, 11. Febr. An der Küste 6 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Regen.
Liverpool, 10. Febr., Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle Umsatz 5 000 Ball., davon für Spekulation und Export 600 B.
Amerikaner fest, $^{1}/_{16}$ höher. Surats träge.
Middl. amerikan. Lieferungen: Februar-März $4^{13}/_{16}$ Käuferpreis, April-Mai 4⅞ do., Juni-Juli $4^{15}/_{16}$ Verkäuferpreis, August-Sept. $4^{61}/_{64}$ d. Käuferpreis.
(Offiziell.) Peru smooth fair 5⅛.
Liverpool, 11. Febr., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle Umsatz 5 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Fester.
Middl. amerikan. Lieferungen: Febr.-März $4^{58}/_{64}$ Käuferpreis, März-April $4^{55}/_{64}$ Verkäuferpreis, April-Mai 4⅞ Käuferpreis, Mai-Juni $4^{29}/_{32}$ do., Juni-Juli $4^{15}/_{16}$ Verkäuferpreis, Juli-Aug. $4^{61}/_{64}$ Käuferpreis, August-Sept. $4^{61}/_{64}$ do., Septbr.-Oktober $4^{55}/_{64}$ d. do.
Newyork, 10. Febr. Baumwollen-Wochenbericht. Zufuhren in allen Unionshäfen 88 000 B. Ausfuhr nach Großbritannien 45 000 Ballen, Ausfuhr nach dem Continent 63 000 Ballen. Vorrath 982 000 Ballen.
Newyork, 11. Febr. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 9¼, do. in New-Orleans 9. Raff. Petroleum Standard white in New-York 5,30, do. Standard white in Philadelphia 5.25 Gd. Rohes Petroleum in New-York 5,35, do. Pipeline Certifikates, pr. März —. Stetig. Schmalz loko 13,15 do. Roh- u. Brothers 13,50. Zucker (Fair refining Muscovad.) $3^{1}/_{16}$. Mais (New) p. Febr. 53, p. März 53, p. Mai 52⅞. Rother Winterweizen loko 81¾. Kaffee Rio Nr. 7, 18¼. Mehl (Spring clears) 2,90. Getreidefracht 1¾. — Kupfer 12,00–12,25. Rother Weizen pr. Febr. 79⅜, per März 80¼, per Mai 82½, per Juli 83⅝. Kaffee Nr. 7 low ord. p. März 17,55, p. Mai 17,05.
Der Werth der in der vergangenen Woche eingeführten Waaren betrug 14 222 721 Dollars gegen 14 114 162 Dollars in der Vorwoche, davon für Stoffe 3 613 602 Dollars gegen 3 568 642 Dollars in der Vorwoche.
Chicago, 11. Febr Weizen per Februar 75⅜, per Mai 78⅝, Mais per Februar 42⅞. Speck short clear —,—. Pork per Februar 19,37½.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 11. Febr. Die heutige Börse eröffnete wieder in fester Haltung und mit zum Theil etwas höheren Kursen auf spekulativem Gebiet. — Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten gleichfalls günstig und unterstützten hier die Festigkeit. Das Geschäft entwickelte sich im allgemeinen ziemlich lebhaft und einige Ultimowerthe hatten zeitweise recht belangreiche Abschlüsse für sich. Im weiteren Verlaufe des Verkehrs schwächte sich die Haltung vorübergehend in Folge von Realisation etwas ab, doch schloß die Börse wieder fester. — Der Kapitalsmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide Anlagen bei normalen Umsätzen; Deutsche Reichs- und Preußische konsolidirte Anleihen waren gut behauptet. — Fremde, festen Zins tragende Papiere verkehrten gleichfalls in fester Haltung zum Theil etwas lebhafter. Italiener behauptet, Russische Anleihen fester, Noten zu steigender Notiz belebt, Ungarische 4proz. Gold-Rente etwas besser; ungarische 4proz. Kronen-Rente 94. — Der Privatdiskont wurde mit 1¼ Proz. notirt. — Auf internationalem Gebiet gingen Oesterreichische Kreditaktien mit unwesentlichen Schwankungen mäßig lebhaft um; Lombarden waren fester, Dux-Bodenbach schwach, andere österreichische Bahnen wenig verändert; Gotthardbahn und andere schweizerische Bahnen fest aber ruhig; Warschau-Wiener und Russische Südwestbahn steigend. — Inländische Eisenbahnaktien hatten bei recht fester Haltung etwas lebhafteres Geschäft für sich; Ostpreußische Südbahn, Marienburg-Mlawka, Mainz-Ludwigshafen und Lübeck-Büchen etwas besser. — Bankaktien fest und ziemlich lebhaft, besonders spekulativen Diskonto-Kommandit-Antheile und Aktien der Dresdener Bank ꝛc. steigend und belebt. — Industriepapiere fester und zum Theil lebhafter; Schifffahrtsaktien höher; Montanwerthe unter Schwankungen behauptet und ziemlich lebhaft.

Produkten-Börse.

Berlin, 11. Febr. Die heutige Getreidebörse stand ersichtlich unter dem Eindruck der deutsch-russischen Verhandlungen. Bei großer Zurückhaltung auf beiden Seiten hielt sich das Geschäft in engeren Grenzen. Weizen blieb unverändert. Roggen gab etwa ½ M. nach. Hafer konnte sich ziemlich behaupten. Roggenmehl bei geringen Umsätzen wenig verändert. Mais büßte bei ausreichendem Angebot ½ M. ein. Rüböl sehr still und etwas billiger. In Spiritus wurde die Lokozufuhr für Hamburger Rechnung schlank aufgenommen; die Preise zogen 20 bis 30 Pf. an. Termine setzten etwas schwächer ein, erholten sich dann aber bei stillem Geschäft auf gestrigen Schlußwerth.
Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogr. Loko still. Termine fest. — Gek. — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 140–158 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 153 M., per diesen Monat —, per März-April —, per April-Mai 155 5 bis 155,25–155,75 bez., per Mai-Juni 157–156,5–157 bez., per Juni-Juli 158 157,75–158,25 bez., per Juli-August 158,25–158,75 bez.
Roggen per 1000 Kilogr. Loko wenig Geschäft. Termine still. Gekünd. — To. Kündigungspreis — M. Loko 125–137 M. nach Qual. Lieferungsqualität 133 M., inländischer guter 134 bis 135,5 M., per diesen Monat — bez., per Februar-März — bez., per März-April —, per April-Mai 138,75–138,5 bez., per Mai-Juni 139,75–139,25–139,5 bez., p. Juni-Juli —.
Gerste per 1000 Kilogramm. Ruhig. Große und kleine 138–175, Futtergerste 115–135 Mk. nach Qualität.
Hafer per 1000 Kilogr. Loko fest. Termine still. Gek. — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 138–160 M. nach Qual. Lieferungsqualität 142 Mk. Pomm. mittel bis guter 140–143 bez., feiner 144–149 bez., preußischer mittel bis guter 140–143, feiner 144–149 bez., schlesischer mittel bis guter 142–145 bez., feiner 146 bis 150 bez., per diesen Monat 143 M., per Februar-März —, per April-Mai 143 bez., per Mai-Juni —, per Juni-Juli 143 bez.
Mais per 1000 Kilogr. Loko unverändert. Termine niedriger. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — Mk Loko 125 bis 136 M. nach Qual., per diesen Monat — M., per April-Mai 112–111,5 bez., per Mai-Juni und per Juni-Juli —, per Sept.-Okt. — M.
Erbsen p. 1000 Kilogr. Kochwaare 160–205 M. nach Qual., Futterwaare 135–148 M. nach Qualität.
Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sack. Termine ruhig. Gekündigt — Sack. Kündigungspreis — M., per diesen Monat 18,25 M., per Febr.-März —, per April-Mai 18,35 bis 18,3 bez., per Mai-Juni 18,45–18,4 bez., per Juni-Juli 18,55 bezahlt.
Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sack, per diesen Monat 19,25 M. Feuchte Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sack per diesen Monat 10,35 M.
Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto incl. Sack. per diesen Monat 19,25 M.
Rüböl p. 100 Kilogr. mit Faß. Matt. Gekündigt — Ztr. Kündigungspr. — M. Loko mit Faß — M., ohne Faß — M., per diesen Monat 52,7 M., per April-Mai 52,7 M., per Mai-Juni —, per Sept.-Okt. 52,7 M.
Petroleum (Raffinirtes Standard white) per 100 Kilo mit Faß in Posten von 100 Ztr. Termine —. Gekündigt — Kilogr. Kündigungspreis — M. Loko 19,9 bez., per diesen Monat — M.
Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gekündigt ——. Kündigungspreis — M. Loko ohne Faß 53,4 bez.
Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10,000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis —. Loko ohne Faß 33,7–33,6 bez.
Spiritus mit 50 M. Ohne Handel.
Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe Still. Gekündigt — Liter. Kündigungspr. — M. Loko mit Faß —, per diesen Monat 32,4–32,3–32,5–32,4 bez, p. Febr.-März — bez., p. März-April —, per April-Mai 33,2–33–33,4–33,3 bez., per Mai-Juni 33,5–33,4–33,6–33,4 bez., per Juni-Juli — bez., per Juli-August —, per August-Sept. 34,9–34,8–35–34,8 bez.
Weizenmehl Nr. 00 22,50–20,50 bez., Nr. 0 20,25–18,00 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.
Roggenmehl Nr. 0 u. 1 18,25–17,50 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 19,25–18,25 bez., Nr. 0 1,50 Mk höher als Nr. 0 u. 1 p. 100 Kilogr. br. incl. Sack.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Doll = 4¼ M. 100 Rub. = 320 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. 1 M. 70 Pf., 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 P.

Bank-Diskonto Wechselv. 11. Febr.

Amsterdam	2½	8 T.	169,35 bz
London	3½	8 T.	$20,41^{5}$ bz
Paris	2½	8 T.	81,20 bzG.
Wien	4	8 T.	168,70 G.
Petersburg	4½	3W.	212,75 bz
Warschau	4½	8 T.	213,00 bzG.

In Berl. 3. Lomb. 3½ u. 4. Privatd. 1¼ G.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Souvereigns	
20 Francs-Stück	16,26 bz B.
Gold-Dollars	4,19 bz
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,42 B.
Franz. Not. 100 Frcs.	81,40 bz
Oestr. Noten 100 fl.	168,70 bzG.
Russ. Noten 100 R.	214,00 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl.	4	107,75 G
do. do.	3½	104,00 B.G.
do. do.	3	87,20 B.
Prss. cons. Anl.	4	107,80 B.
do. do.	3½	104,10 G.
do. do.	3	87,20 B.
do Scrips, int.		
Sts.-Anl. 1868	4	101,80 bzG.
Sts.-Schld-Sch.	3½	100,20 bz
Berl. Stadt-Obl.	3½	98,80 bz
do. do. neue	3½	98,90 B.
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3½	96,60 bz
Pfandbriefe: Berliner	5	114,75 bz
do.	4½	108,80 G.
do.	4	104,75 G.
do.	3½	99,60 bz
Ctrl. Ldsch	4	
do. do.	3½	98,40 bzG.
Kur. u. Neumrk. neue	3½	98,60 bz
do.	4	
Ostpreuss	3½	97,70 bz
Pommer.	3½	99,10 bz
do.	4	
Posensch.	4	102,80 bzG.
do.	3½	97,80 G
Schls. altl.	3½	98,60 G.
do. do.	4	
ldschl Lt. A	3½	98,60 G.
do.	4	
do. neudo.	3½	98,60 G.
do. do. I. II.	4	
Wstp Rittr	3½	98,00 bzG.
do. neul. II.	3½	97,90 bz
Pommer.	4	103,30 bz
Posensch.	4	103,25 bz
Preuss.	4	103,30 bz
Schles.	4	103,30 bz
Bad. Eisenb.-A.	4	105,00 G.
Bayer. Anleihe	4	107,40 G.
Brem. A. 1892	3½	98,25 bzG.
Hmb. Sts. Rent.	3½	98,25 G.
do. do. 1886	3	85,80 G.
do. amort. Anl.	3½	98,00 bzG.
Sächs. Sts. Anl.	3½	
do. Staats-Rnt.	3	89.20 B.
Prss. Präm-An.	3½	183.50 bz
H.Pr.-Sch. 40T	—	405,25 bz
Bad. Präm.-An.	4	141,60 B.
Bayr. Pr.-Anl.	4	144,70 B.

Brnsch. 20T. L.	—	105,50 bz
Cöln-M. Pr.-A.	3½	134,75 B.
Dess. Präm.-A.	3½	
Ham. 50 T.-L.	3	137,25 B.
Lüb. 50 T.-L.	3½	130,10 bz
Mein. 7Guld-L.	—	28,75 G
Oldenb. Loose	3	128,90 bz

Ausländische Fonds.

Argentin. Anl.	5	45,40 bzG.
do. do.	5	45,60 bzG.
Bukar. Stadt-A.	5	97,40 G.
Buen. Air. G.-A.	4½	54,60 bzG.
Chines. Anl.	5½	106,20 B.
Dän. Sts.-A. 86.	3½	95,90 bz
Egypt. Anleihe	3	
do. 1890	3½	92,90 bz
do. do.	4	100,20 bz
do. Daira-S.	4	98,10 G.
Finnländ. L.	—	58,75 bz B.
Griech. Gold-A	5	63,10 bzG.
do. cons. Gold	4	47,60 bzG.
do. Pir.-Lar.	5	54,50 bzG.
Italien. Rente	5	92,60 G.
Kopenh. St.-A.	3½	93,20 bz
Lissab. St. A. I. II	4	51,00 bzG.
Mexikan. Anl.	6	81,80 bz
Mosk. Stadt-A.	5	66,50 bzG.
Norw. Hyp-Obl	3½	
do. Conv. A. 88.	3	89,20 G.
Oest. G.-Rent.	4	99,25 bz
do. Pap.-Rnt.	4⅕	83,40 G.
do. do.	5	86,00 bzG.
do. Silb.-Rent.	4⅕	83,10 bzG.
do. 250 Fl. 54.	4	128,00 bz
do. Kr 100 (58)	—	334,75 G.
do. 1860er L.	5	128,10 G.
do. 1864er L.	—	336,50 B.
Poln. Pf-Br. I-V	5	67,70 bzG.
do. Liq.-Pf.-Br	4	65,40 bz
Portugies. Anl. 1888–89	—	30,60 bzG.
Raab-Gr. Pr.-A.	4	95,90 bz
Röm. Stadt-A.	4	87,50 G.
do. II. III. VI.	4	84,40 bzG.
Rum. Staats-A.	4	84,40 bzG.
do. Rente 90	4	84,70 bzG.
do. co. fund.	5	102,90 G.
do. do. amort.	5	98,70 bz
Rss. Eng. A. 1822 (1 Pfd. Stl. gl. 20 M.)	5	120,00 bz
do. 1859	3	
do. 1880	4	97,90 bzG.
do. 1887	4	
do. 1873		
do. 1875	4½	
do. 1889	4	
do. 1890	4	
Russ. Goldrent	6	104,10 G
do. 1884 stpfl.	5	105,20 bzG.
I. Orient 1877	5	
II. Orient 1878	5	68,40 bz
III. Orient 1879	5	69,40 bz
Nikolai-Obl	4	98,50 G.
Pol. Schatz-O.	4	95,80 bz
Pr.-Anl. 1864	5	160,00 G.
do. 1866	5	151,00 bzB.
Bodkr.-Pfdbr.	5	
do. neue	4½	101,25 bz
Schwedische	3½	96,90 B.
Schw. 1890	3½	97,25 G.
do. d. 1888	3	

Schw Hyp.-Pf.	4½	103,00 B.
Serb. Gld-Pfdb.	5	88,50 bzB.
do. Rente	5	80,25 bzG.
do. neue 85	5	80,00 bzG.
Stockh. Pf. 85	4½	
do. St.-Anl. 86	4	99,30 bz
Span. Schuld.	4	64,50 G.
Türk A. 1865 in Pfd. Sterl. ov.	1	
do. do. B.	1	
do. do. C.	1	22,50 bzG.
do. Consol. 90	4	
do. Zoll-Oblig	5	
Trk. 400 Frc.-L	—	93,50 bz
do. EgTrib-Anl.	4¼	98,40 bz
Ung. Gld-Rent.	4	97,00 G.
do. Gld.-Inv.-A.	5	102,00 bzG.
do. do. do.	4½	101,80 bzG.
do. Papier-Rnt.	5	86,30 bzG.
do. Loose	—	268,25 G.
do. Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	106,25 G

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr.	—	64,50 bzB.
Altenbg.-Zeitz	—	203,90 bz
Crefelder	4	86,40 bz
Crefld-Uerdng	0	67,00 bzG.
Dortm.-Ensch.	—	106,90 bz
Eutin. Lübeck	—	45,10 bz
Frnkf.-Güterb.	—	69,50 bzB.
Ludwsh.-Bexb.	9⅘	224,25 bzG.
Lübeck-Büch.	—	143,50 bz
Mainz-Ludwsh	—	115,90 bz
Marnb.-Mlawk.	—	65,90 bz
Meckl. Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	102,40 bz
Ostpr. Südb.	—	76,00 bzG.
Saalbahn	—	25,25 bzG.
Stargrd-Posen	4½	102,25 bz
Weimar-Gera	—	16,70 bzG.
Werrabahn	—	68,60 bzG.
Albrechtsbahn	1	40,00 bzG.
Aussig-Teplitz	—	429,50 G.
Böhm. Nordb.	—	
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	—	
Buschtherader	—	
Canada Pacifb.	5	86,40 bzG.
Dux-Bodenb.	—	
Galiz. Karl-L.	4½	92,90 bz
Graz-Köflsch.	—	116,75 bz
Kaschau-Od.	4	80,75 bz
Kronpr. Rud.	4¾	84,80 G.
Lemberg-Cz.	6½	109,25 G.
Oester. Staatsb	4	
do. Lokalb.	—	87,80 bzG.
do. Nordw.	4¾	
do. Lit. B. Elb.	—	102,80 B.
Raab-Oedenb.	—	26,00 bz
Reichenb.-P.	3,81	82,50 bz
Südöstr. (Lb.)	—	44,30 bzG.
Tamin-Land	0	2,30 G.
Ungar.-Galiz.	5	
Balt. Eisenb	3	
Donetzbahn	5	102,60 B.
Ivang. Domb.	5	
Kursk-Kiew	12,50	192,50 bz
Mosco-Brest	3	69,75 bz
Russ. Staatsb.	6,56	
do. Südwest.	5,45	77,90 bz

Wrsch.-Teres.	5	102,75 bz B.
Wrsch.-Wien.	—	
Weichselbahn	5	
Amst.-Rotterd.	—	105,50 G
Gotthardbahn	—	156,00 bz
Ital. Mittelm.	5	99,75 bz
Ital. Merid.-Bah	7⅕	125,70 bz
Lüttich-Lmb.	—	25,20 bzG.
Lux. Pr. Henri	—	71,00 bzG.
Schweiz. Centr	—	118,40 bz
do. Nordost	—	107,30 bz
do. Unionb.	—	74,50 bzG.
do. Westb.		
Westsicilian.		63,25 bz

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdm. Colberg	4½	113,50 bz
Bresl-Warsch.	—	54,00 bz
Czakat.-St.-Pr.	5	
Dux-BodnbAB.	—	
Paul-Neu-Rup.	5	
Prignitz	4½	105,00 B.
Szatmar-Nag.	—	91,40 bz
Dortm.-Gron.	—	114,50 B.
Marienb Mlawk	—	109,00 bzG.
Mecklb. Südb.	—	23,50 bz
Ostpr. Südb.	—	108,75 bz
Saalbahn	—	92,00 G.
Weimar-Gera	-	85,00 bz

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Breslau-Warschauer Bahn	5	104,25 G.
Gr. Berl. Pferde Eisenbahn	4	102,50 B.
Oberschl.		99,90 G.
do. (StargPos)	4	101,60 G.
Ostpr Südbahn	4½	
do. do.	3½	
Werrab. 1890	4	101.50 B.
Albrechtsb gar	5	
Busch Gold-O.	4½	103,25 B.
Dux-Bodenb. I.	5	
Dux-PragG-Pr.	5	109,10 G.
do.	4	100,80 G.
Franz.-Josefb.	4	83,00 B.
GalKLudwgb g	4½	
do. do. 1890	4	81,90 G.
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	98,10 G.
KronpRudolfb.	4	82,00 B.
do. Salzkammg	4	101,60 B.
LmbCzern. stfr	4	81,80 bz
do. do. stpfl.	4	
Oest. Stb. alt, g.	3	83,10 bz
do. Staats-I. II.	3	109,00 bzG
do. Gold-Prio.	4	101,70 B.
do. Lokalbahn	4½	86,10 G.
do. Nordwestb.	5	93,00 bzG
do. NdwB. G-Pr	5	
do. Lt. B. Elbth.	5	
Raab-Oedenb. Gold-Pr	3	70,00 B.
Reichenb.-Pr. (SNV)	5	
Rohb Gold-Prior.	4	
Südöst- B. (Lb.)	3	65,00 G.
do. Obligation.	5	104,90 bz
do. Gold-Prior.	4	98,70 bzG.

Baltische gar.	5	98,30 G.
Brest-Grajewoar	5	99,50 G.
Gr. Russ. Eis. g	3	
Ivang.-Dombr. g.	4½	101,10 bz
Kozlow-Wor. g.	4	92,90 bzG.
do. 1889	4	95,00 G.
do. Chark. As. (O)	4	93,00 G.
do. (Oblig.) 1889	4	93,90 G.
Kursk-Kiew conv	4	93,90 bzG.
Losowo-Sebast.	5	99,00 bzG.
Mosco-Jaroslaw	5	68,20 bzG.
do. Kursk gar.	4	88,60 bzG.
do. Rjäsan gar.	4	95,20 bz
do. Smolensk g.	5	102,20 bz
Orel-Griasy conv	4	93,25 bz
Poti-Tiflis gar.	5	105,50 bzG.
Rjäsan-Kozlow g	4	93,80 bz
Rjaschk-Morcz. g	5	101,80 bz
Rybinsk-Bolog.	5	93,50 G.
Schuja-Ivan. gar.		
Südwestb. gar.	4	95,40 G.
Transkaukas. g.	3	79,00 bzG.
Warsch.-Ter. g.	5	102,75 bzG.
Warsch.-Wien n.	4	100,00 bzG.
Wladikawk. O. g.	4	94,70 G.
Zarskoe-Selo	5	91,90 G.
Anatol. Gold-Obl	5	91,40 bzG.
Gotthardbahnov.	4	104,75 G.
Sicilian. Gld.-P. (steuerfrei)	4	
do. do. v. 1891	4	86,20 B.
Ital. Eisenb.-Obl.	3	58,00 bzG.
Süd-Ital. Bahn	3	59,60 G.
Serb. Hyp.-Obl.	5	81,00 G.
do. Lit. B.	5	79,80 bzG.
Central-Pacific	6	
Illinois-Eisenb.	4	
Manitoba	4½	98,90 G.
Northern Pacific	6	115,70 B.
San Louis-Franc.	6	109,10 G.
Southern Pacific	6	111,40 G.

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank	3½	93,10 G.
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3½	113,00 G.
do. do. II.	3½	108,25 B.
do. do. III. abg.	3½	99,60 G.
do. do. IV. abg.	3½	99,60 G.
do. do. V. abg.	3½	94,50 bz
do. Hp. B. Pf. IV. V. VI.	5	113,60 bzG.
do. do.	4	102,75 bzG.
do. do.	3½	97,00 G.
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	101,00 G.
do. do. (unkündbar bis 1./1.1900)	4	103,00 bz
do. do. (rz 100)	3½	95,25 bz
Meininger Hyp.-Pfdb.	4	101,30 G.
do. Pr.-Pfdbr.	4	130,50 B.
Pomm. Hypoth.-Akt. B.-Pfandbr. III. u. IV.	4	101,50 G.
P.B.-Cr. unkb (rz 110)	5	114,60 bz
do. Sr. III. V. VI (rz 100)	5	107,75 bz
do. do. (rz. 115)	4½	115,90 G.
do. do. X. (rz. 110)	4½	
do. do. (rz. 100)	4	101,10 G.
Pr. Cent.-Pf. (rz. 100)	4	101,60 bz
do. do. (rz. 100)	3½	96,75 bzG.
do. do. kündb. 1900	4	103,60 bzG.
Pr. Centr.-Pf. Com-O	3½	96,40 bzG.

Pr. Hyp.-B. I. (rz. 120)	4½	
do. do. VI. (rz. 110)	5	
do. div. Ser. (rz. 100)	4	102,00 bz
do. do. (rz. 100)	3½	97,50 G.
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4½	
do. do. do.	4	103,00 bzG.
do. do. do.	3½	96,90 bzG.
Schles. B. Cr. (rz. 100)	4	
do. do. (rz. 100)	3½	96,90 G.
Stettin. Nat. Hyp. Cr.		
do. do. (rz. 110)	4½	105,80
do. do. (rz. 110)	4	102,25 G.
do. do. (rz. 100)	4	101,25 bzG.

Bankpapiere.

B. f. Sprit-Prod. H	—	67,10 G.
Berl. Cassenver.	4½	129,60 G.
do. Handelsges.	—	145,60 bzG.
do. Maklerver.	8½	127,10 G.
do. Prod-Hdbk.		109,50 bzG.
Börsen-Hdlsver.	6½	138,80 G.
Bresl. Disc.-Bk.	—	97,00 bzG.
do. Wechslerbk.	—	96,75 bzG.
Danz. Privatbank	—	
Darmstädter Bk.	—	139,00 bz
do. do. Zettel	—	
Deutsche Bank	—	162,10 G.
do. Genossensch	—	118,25 bzG.
do. Hp. Bk. 60 pCt	—	116,50 G.
Disc.-Command	—	189,75 bz
Dresdener Bank	—	148,10 bzG.
Gothaer Grundcreditbank	—	88,60 bzG.
Internat. Bank	—	
Königsb. Ver.-Bk	—	98,25 G.
Leipziger Credit	4⅔	167,00 G.
Magdeb. Priv.-Bk	—	108,00 G.
Maklerbank	5	112,00 bzG.
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	—	133,00 bzG.
Meininger Hyp.-Bank 70 pCt.	—	108,50 bzG.
Mitteld. Crdt.-Bk.	—	101,90 bz
Nationalbk. f. D.	—	117,60 bz
Nordd. Grd.-Crd.	—	84,10 bzG.
Oester. Credit-A	—	175,10 bz
Petersb. Disc.-Bk	—	
do. Intern. Bk.	—	
Pomm. Vorz.-Akt	—	114,20 G.
Posen. Prov.-Bk.	—	
Pr. Bodencr.-Bk.	—	130,00 bzB.
do. Cnt-Bd 60 pCt	—	160,60 G.
do. Hyp.-Akt.-Bk	—	120,00 bzG.
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt.	—	103,80 bzG.
do. Immob-Bank 80 pCt.	—	208,50 G.
do. Leihhaus	—	90,00 G.
Reichsbank	7,55	149,90 bzB.
Russische Bank	—	75,80 bz
Schles. Bankver.	—	114,40 bzG.
Warsch. Comerz	—	
do. Disconto	—	

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	7½	139,75 bz
Anglo Ct. Guano	—	154,90 bzG.
Bauges. Berl.-Charl.	7⅕	925,00 G.
Bauges. City St.-Pr.	—	79,50 G.
Bauges. Dtsche. Bau	—	78,10 G.
Bauges. Hann. St.-P.	—	73,60 G.
Bauges. Humb.	6	126,75 bzB.
Moabit	8	132,90 bz
Passage	3½	65,00 bzG.
U. d. Linden	0	10,00 B.
Berl. Elekt.-W.	9	143,10 bz
Berl. Lagerhof	0	92,00 bzG.
do. do. St.-Pr	3	120,00 bz
Ahrens Br., Mbt.	0	58,00 bzG.
Berl. Bock-Br.	0	44,60 bz
Schultheiss-Br.	16	238,10 bzG.
Bresl. Oelw.	3	91,00 bz
Deutsche Asph.	4	85,40 bz
Dynamit Trust	11	136,75 bzG.
Erdmannsd. Sp.	6	99,25 bzG.
Fraust. Zucker	0	97,25 G.
Glauz. Zucker	12	115,00 B.
Gummi Harburg-Wien	20	258.25 bzG.
do. Schwanitz	0	176,50 G.
do. Voigt Winde	8	127,60 bzG.
do. Volpl. Schldt.	5	95,00 bzG.
Hemmoor Cem.	4	106,10 G.
Köhlm. Strk.	4	
Körbisdf. Zucker	12	119,90 B.
Löwe & Co.	18	221,50 bzG.
Bresl. Linke	13½	144,00 bz
do. Hofm.	13½	131,50 G.
Germ. Vrz.-Akt.	6	82,00 bzG.
Görlitz ov.	8	118,75 bzG.
Görl. Lüdr.	10	140,90 bzB.
Grusonwerk	10	188,50 bzG.
H. Pauksch	2	
Schwarzkopff	18	237,25 bzG.
Stettin-Vulk.-B.	9	110,00 bz
Sudenburg	24	208,50 G.
O.-Schl. Cham.	3	70,80 G.
do. Port.-Cem.	5½	71,25 G.
Oppeln. Cem.-F.	5½	91,75 bzG.
do. (Giesel)	6	78,75 bz
Gr. Berl. Pferdb.	12½	223,00 bzG.
Hamb. Pferdeb.	4	92,50 G.
Potsd. ov. Pfrdb.	4½	93,00 B.
Posen. Sprit-F.	4	
Rositzer Zucker	3	65,00 B.
Schles. Cem.	9¼	124,50 bzG.
Stett. Bred. Cem.	4	90.50 bzG.
do. Chamott.	15	197,50 G.
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	13½	130,50 bz
Berzelius	12	124,75 bzB.
Bismarckhütte	8	134,00 bzG.
Boch. Gusst.-F.	6½	127,10 bz
Donnersmarck	—	83,50 G.
Dortm. St.-Pr. A.	1	59,75 bzG.
Gelsenkirchen	12	147,60 bz
Hibernia	12	118,25 bz
Hörd. St.-Pr.-A.	—	37,90 bz
Inowracl. Salz	0	45,60 bzG.
König u. Laura	4	97,25 bzG.
Lauchham. ov.	6	105,00 bz
Louis. Tief. St.-Pr	4	113,25 bzG.
Oberschl. Bd.	2	49,50 bz
do. Eisen-Ind.	6	114,00 bzG.
Redenh. St.-Pr.	—	4,00 bz
Riebeck. Mont.	15	166,50 bzG.
Schles. Kohlw.	0	24,80 bzG.
do. Zinkhütte	18	176,00 B.
do. do. St.-Pr.	18	176,25 bzB.
Stolb. Zink-H.	2	40,30 bzG.
do. St.-Pr.	7	110,00 B.
Tarnowitz ov.	—	
do. do. St.-Pr.	0	

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen